



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 30. November 2012 (04.12)
(OR. en)**

**16095/1/12
REV 1**

**SOC 917
ECOFIN 932
EDUC 338**

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Betr.:	Steuerung der Strategie Europa 2020 - Gedankenaustausch
	– Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Die Delegationen erhalten beiliegend einen Vermerk des Vorsitzes für die Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 6. Dezember 2012.

**Steuerung der Strategie Europa 2020 und im Anschluss an
die Tagung des Europäischen Rates ergriffene Folgemaßnahmen
in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik**

Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Gedankenaustausch auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 6. Dezember 2012

Die Umsetzung der vom Rat jährlich verabschiedeten länderspezifischen Empfehlungen¹ ist ein wesentlicher Bestandteil der Reformagenda eines jeden Mitgliedstaats. Allgemeines Ziel ist dabei die Verwirklichung der Kernziele der Strategie Europa 2020 für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die Mitgliedstaaten werden ihre Reformanstrengungen auf der Grundlage der für das Jahr 2012 ausgesprochenen Empfehlungen fortsetzen und streben dabei danach, die gegenwärtige Rezession zu überwinden. Ein beschäftigungswirksamer Aufschwung muss eines der unverrückbaren Ziele der Europäischen Union bleiben, damit die Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Gewährleistung angemessener Lebens- und Arbeitsbedingungen erfüllt werden können.

Europäisches Semester 2013 – Jahreswachstumsbericht

Die Europäische Kommission hat am 28. November 2012 den Jahreswachstumsbericht für 2013 angenommen. Mit diesem Bericht wird das dritte Europäische Semester für die politische Koordinierung eingeleitet und er skizziert die Prioritäten der EU in den Bereichen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für das Jahr 2013. Dem Jahreswachstumsbericht beigelegt sind der Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts und der makroökonomische Bericht. Zusammen mit dem Jahreswachstumsbericht hat die Kommission auch den Warnmechanismus-Bericht (WMB) veröffentlicht, durch den das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (MIP) eingeleitet wird, um eine bessere Integration des wirtschaftspolitischen Zyklus der EU zu erreichen. Außerdem hat die Kommission ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) angenommen, in dem aufgezeigt wird, welche Maßnahmen zur Verwirklichung einer Banken-, Fiskal- und Wirtschaftsunion noch erforderlich sind.

¹ ABl. C 219 vom 24.7.2012.

Im Jahreswachstumsbericht 2013 werden dieselben fünf Prioritäten aufgezeigt wie schon im letzten Jahr, einschließlich der ***Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Bewältigung der sozialen Folgen der Krise***. Die Prioritäten wurden beibehalten, da das wirtschaftliche Umfeld nach wie vor kritisch ist und weitere Reformen, bei denen es eine gewisse Zeit erfordert, bevor sie Wirkung zeigen, notwendiger sind denn je. Die allgemeine Wirtschaftslage bleibt angespannt, und es gilt nach wie vor, die Rückkehr zum Wachstum zu erreichen. Im Jahreswachstumsbericht wird herausgestellt, dass aufgrund der sich verschlechternden Beschäftigungssituation und der sich verschärfenden sozialen Lage ein entschiedeneres Handeln seitens der öffentlichen Stellen und der Sozialpartner erforderlich ist.

In der Tat spiegelt der gemeinsame Beschäftigungsbericht im Verbund mit der Aktualisierung des Anzeigers für die Leistungen im Beschäftigungsbereich eine beunruhigende Lage auf dem Arbeitsmarkt wider, die eine besorgniserregende Herausforderung für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in den nächsten Jahren darstellt. Für 2013 bleiben die Beschäftigungsaussichten düster; eine positivere Situation auf den Arbeitsmärkten wird erst 2014 erwartet. Bezüglich der Arbeitsmarktlage treten immer größere Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zutage, und die Arbeitslosenzahlen erreichen alarmierende Höhen, wobei bei bestimmten Gruppen wie Langzeitarbeitslosen oder jungen Arbeitslosen nie da gewesene Höchststände erreicht werden, die ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen erforderlich machen. Im gemeinsamen Beschäftigungsbericht werden außerdem die größten Herausforderungen und die wichtigsten Reformen in den Mitgliedstaaten benannt.

Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich und Benchmarking

Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates² und dem ihm vom Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) erteilten Mandat³ ist der Beschäftigungsausschuss der Forderung nachgekommen, die wirtschaftspolitische Steuerung um eine bessere Beobachtung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Maßnahmen zu ergänzen. Auf der Dezember-Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) wird dem Rat neben der Aktualisierung des Anzeigers für die Leistung im Beschäftigungsbereich das neue Benchmarking-Instrument zur Billigung vorgelegt. Dieses Benchmarking ist ein zusätzliches Instrument für die Durchführung / Verbesserung der Leistungsüberprüfung.

² Dok. EUCO 139/11.

³ Dok. 7921/11.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, nach der Vorstellung der Berichte durch die Kommission eine erste vorläufige Einschätzung zu Folgendem abzugeben:

- zu den im Jahreswachstumsbericht und im Warnmechanismus-Bericht beschriebenen Prioritäten; ferner werden sie gebeten, ihre Standpunkte zu der Frage darzulegen, wie die für 2013 festgelegten Prioritäten verwirklicht werden können. Die Überlegungen sollten auch den im gemeinsamen Beschäftigungsbericht getroffenen Feststellungen Rechnung tragen und sich der Frage widmen, wie die darin aufgezeigten Probleme angegangen werden können.

Paket zur Jugendbeschäftigung

Die Krise hat zwar alle Gesellschaftsschichten getroffen und gefährdet damit das soziale Gefüge Europas, junge Menschen jedoch sind eine der Gruppen, die am meisten unter der Krise zu leiden haben. Es steht deshalb zuoberst auf der politischen Agenda, die jungen Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu stellen und bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowohl traditionelle als auch innovative Wege zu beschreiten. Europa kann nicht tatenlos zusehen, wenn die Gefahr besteht, dass sich eine "verlorene Generation" herausbildet, was für die Zukunft Europas beunruhigende soziale und wirtschaftliche Folgen hätte.

Als Reaktion auf die länderspezifischen Empfehlungen ist auf verschiedenen Ebenen (Europäischer Rat⁴, Rat⁵ und Mitgliedstaaten) jüngst herausgestellt worden, welche herausragende Bedeutung der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zukommt. Der Rat hat auf europäischer Ebene und auch auf Ebene der Mitgliedstaaten besonders nachdrücklich weitere Maßnahmen gefordert, um die gegenwärtigen Probleme zu lösen, was durch die einschlägigen Schlussfolgerungen des Rates⁶, die unter zyprischem Vorsitz angenommen wurden, besonders verdeutlicht wird. Trotz der ergriffenen Maßnahmen bestehen die Probleme fort, und es ist nach wie vor dringendes Handeln geboten.

Vor diesem Hintergrund ersucht der Vorsitz den Rat, das am 5. Dezember 2012 angenommene "Paket zur Jugendbeschäftigung" der Kommission zu prüfen und zu sondieren, wie die darin vorgeschlagenen Maßnahmen rasch durchgeführt werden können.

⁴ Siehe unter anderem Dok. EUCO 139/11, die Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 30. Januar 2012, Dok. EUCO 4/12, Dok. EUCO 76/12.

⁵ Siehe unter anderem Dok. 11838/11, Dok. 17590/11.

⁶ Dok. 14426/12 (Schlussfolgerungen des Rates "Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten und den jungen Menschen in Europa bessere Chancen bieten").